



Nichtstaatliche Aufgaben in private Hände

Die FDP steht wie keine andere Partei dafür, dass nur zwingend öffentliche Aufgaben in staatliche Hand gehören. Für die Wirtschaft hat sich der Staat auf Rahmensetzung und Festlegung von Regeln im Allgemeininteresse zu beschränken. Es ist nicht Aufgabe des Staates selbst Anbieter zu sein. Diese Maßgabe verkennt das hochverschuldete Bremen. Die rot-grüne Regierung fügt damit dem Gemeinwesen schweren Schaden zu.

Kernaufgaben für Liberale sind die Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung sowie des Rechtswesens durch Polizei, Justiz und Ordnungsbehörden, die Aufsicht und Finanzierung über den Bildungssektor sowie die Bereitstellung und Instandhaltung der Infrastruktur sowie die Sicherstellung der Grundsicherung für jeden Bürger, wobei Rücksicht auf besonders Benachteiligte zu nehmen ist.

Was der Staat nachhaltig nicht kann und was die FDP immer wiederholt kritisiert hat ist, wirtschaftliche Entscheidungen zum richtigen Zeitpunkt mit den richtigen Entscheidungsträgern zu treffen. So werden Steuermittel verschwendet, die dann nicht für staatliche Kernaufgaben oder Schuldentilgung zur Verfügung stehen.

Die Unfähigkeit Bremens zu sinnvollen ökonomischen Entscheidungen zeigt sich nicht nur am Beispiel des Neubaus des Klinikums Mitte. Auch die Planung für ein Offshore-Terminal in Bremerhaven steht auf tönernen Füßen. Sie kommt zu spät, Bremen kann keine Vorreiterrolle mehr übernehmen. Die Chance auf Arbeitsplätze wurde verpasst. Auch hier fehlte Rot-Grün das unverzichtbar erforderliche unternehmerische Gespür. Zudem wurde aufgrund der falschen Standortwahl versäumt rechtzeitig private Investoren ins Boot zu holen. Bremen überfordert sich mit dieser Investition. Die Mittel wären für Kernaufgaben und Schuldentilgung weit sinnvoller eingesetzt. Der Ausbau der Offshore-Windenergie wird auch ohne zusätzliche Hafenskapazitäten in Bremerhaven erfolgen können. Überkapazitäten hingegen würden den Steuerzahler unnötig belasten.

Auch die Planungen für den Bau eines Einkaufszentrums in der Innenstadt werden politisch mit Auflagen überfrachtet. An dem Vorhaben ist Bremen beteiligt und geht weitere finanzielle Risiken ein, ohne dass der wirtschaftliche Erfolg garantiert ist.

Im Gegensatz zu Hamburg hat sich Bremen nicht bereitgefunden die Bremer Lagerhaus Gesellschaft breit privaten Investoren zu öffnen. Hier werden Chancen verpasst, weil Bremen sich als großer Hafenstandort nicht für internationale Investoren öffnet.

Während das Straßenbahnnetz - nach Auffassung der FDP - weiter in staatliche Hand gehört, sollten nach ihrer Auffassung die Bus- und Bahnlinien dem Wettbewerb zugeführt werden. Auch hier versäumt es Rot-Grün Steuergelder zu sparen.